

**Wahlprüfstein Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit c/o
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin e. V.**

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Forschung zu Frauengesundheit</p> <p>1. Was wird Ihre Partei tun, um die gravierenden Forschungsdefizite zur Gesundheit von Frauen in prekären Lebensverhältnissen zu beheben? 2. Wird sich Ihre Partei für eine systematisch angelegte, auch für die vulnerablen Gruppen repräsentative Forschung zur Frauengesundheit einsetzen?</p>	<p>Frauen, Männer und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer Gesundheitsversorgung und der Prävention berücksichtigt werden müssen. Doch die Gesundheitsforschung, Ausbildung und Versorgungspraxis orientieren sich zumeist an Daten von weißen, männlichen erwachsenen Probanden – das ändern wir. Mit dem Förderschwerpunkt „Spezifische Besonderheiten in der Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung“ werden seit 2020 durch das Bundesministerium für Gesundheit Vorhaben gefördert, die geschlechtsbedingte gesundheitliche Ungleichheiten identifizieren und die Qualität der Versorgungsangebote verbessern sollen. Für drei konkrete Förder-Module sind zusammen rund 3,5 Mio. Euro eingeplant. Die SPD unterstützt diesen Forschungsansatz ganz ausdrücklich und wird prüfen, an welchen Stellen er auszubauen ist.</p>
<p>Verhütung</p> <p>Wie wird Ihre Partei das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung, auf evidenzbasierte Gesundheitsinformationen über Verhütungsmittel und die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln umsetzen?</p>	<p>Die SPD macht sich dafür stark, dass alle Menschen diskriminierungsfrei, ohne Bevormundung und unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Situation über ihre Familienplanung entscheiden können. Deshalb werden wir u.a. für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln sorgen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, was sich auch in der Finanzierung niederschlagen</p>

	<p>muss. Hierzu werden wir eine Lösung erarbeiten.</p> <p>Schwangere haben ein Recht auf eine sachliche, anonyme und ungestörte Beratung. Gerade bei einer ungewollten Schwangerschaft müssen schon früh Informationen für die Betroffenen bereitstehen, um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. § 219a StGB schränkt Frauen nach wie vor zu stark in diesem Recht ein. Wir wollen den § 219a StGB streichen. In Hinblick auf die Paragraphen 218 ff. stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.</p> <p>Sog. „Gehsteigbelästigungen“ fundamentalistischer Gegner*innen reproduktiver Selbstbestimmung in unmittelbarer Nähe vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und ärztlichen Praxen setzen Schwangere psychisch unter Druck und erschweren die Arbeit der Beratungsstellen und Arztpraxen. Um ein störungsfreies Beratungsangebot sicherzustellen, regen wir eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zum Schutz von Hilfe suchenden Schwangeren an, die auch die Länder einbezieht.</p>
<p>Gesundheit rund um die Geburt</p>	
<p>Wie wird Ihre Partei den Maßnahmenkatalog des Nationalen Gesundheitsziels „Gesundheit rund um die Geburt“ strukturell verankern, eine respektvolle und gewaltfreie Geburtskultur etablieren und die Geburtshilfe finanziell sichern?</p>	<p>Paare, die sich für Kinder entscheiden, brauchen Versorgungssicherheit, die freie Wahl des Geburtsortes und selbstverständlich eine respektvolle und gewaltfreie Geburtskultur. Ob nun stationär oder ambulant in der Klinik, im Geburtshaus oder in den eigenen vier Wänden. Die klinische Geburtshilfe leidet vielerorts unter einer mangelnden Refinanzierung der notwendigen Vorhaltekosten und daraus resultierend unter Unterfinanzierung. Die SPD wird das</p>

	<p>System der Fallpauschalen auf den Prüfstand stellen. Auch die Geburtshilfe muss aus dem System der „diagnosebezogenen Fallpauschalen“ entlassen werden. Außerdem setzt sich die SPD für eine leistungsgerechte Vergütung in der Geburtshilfe ein.</p> <p>Der Erfolg des 2017 von gesundheitsziele.de verabschiedeten nationalen Gesundheitsziels "Gesundheit rund um die Geburt" wird von vielen sehr unterschiedlichen Institutionen, Akteur:innen und Berufsgruppen getragen. Die SPD unterstützt dieses Engagement um Gesundheitsförderung und Begleitung von schwangeren Frauen und Familien rund um die Geburt ausdrücklich. Mit den Gesundheitszielen „gesund aufwachsen“ und „gesund älter werden“ ergänzt das Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" sinnvoll und notwendig die Präventionskette über die Lebensspanne hinweg. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ wie die bisherigen Gesundheitsziele auch schnellstmöglich gesetzlich verankert wird.</p>
<p>Schwangerschaftsabbruch</p> <p>Wie wird Ihre Partei das Recht auf selbstbestimmte Entscheidung über eine Schwangerschaft und das Recht auf ungehinderten Zugang zum Schwangerschaftsabbruch sowie auf eine hohe Qualität der Versorgung entsprechend den Internat. Verträgen zu sexuellen/reproduktiven gesundheitsrechten (SRHR) umsetzen?</p>	<p>Das Recht von Frauen auf reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung muss gewahrt werden. Wir wollen daher einen freien und einfachen Zugang zu sachlichen medizinischen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche gewährleisten. Gerade bei einer ungewollten Schwangerschaft müssen schon früh Informationen für die Betroffenen bereitstehen, um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Schwangerschaftskonflikte belasten betroffene Frauen – eine zusätzliche Belastung durch</p>

	strafrechtliche Stigmatisierung wollen wir verhindern.
Gewalt	
Wie wird Ihre Partei die Thematik Gewalt gegen Frauen und Mädchen mehr als bislang in allen gesundheitsbezogenen Fachberufen systematisch verankern und die bestehenden Defizite in der medizinischen, psychotherapeutischen und sozialen Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen* beheben?	Für die SPD hat die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und der Schutz sowie die Unterstützung der Betroffenen oberste Priorität. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln. Für von Gewalt betroffene Frauen führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Thematik Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Rahmen von Ausbildung und Studium von Gesundheitsberufen noch stärkere Berücksichtigung findet. So sprechen wir uns z.B. dafür aus, dass medizinisches Fachpersonal im Rahmen von Ausbildung und Studium sowie durch Weiter- und Fortbildungen über weibliche Genitalverstümmelung unterrichtet bzw. dafür sensibilisiert werden.
Geschlechterperspektive im Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken	
Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Geschlechterperspektive im Arbeitsschutz und in der betrieblichen Gesundheitsförderung wirksam zu implementieren?	Wir wollen ein Jahrzehnt der Gleichstellung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen bis 2030 erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen

	<p>Fahrplan mit konkreten und wirksamen Maßnahmen für alle Politikbereiche weiterentwickeln. Dazu gehören auch der Arbeitsschutz und die betriebliche Gesundheitsförderung.</p>
<p>Geschlechtersensible Lehre</p>	
<p>Wie wird Ihre Partei die Integration geschlechtersensibler Lehrinhalte in Gesundheits- und medizinischen Berufen unterstützen und fördern?</p>	<p>Mit dem Gesetz zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention haben wir im Jahr 2015 das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in der Prävention und Krankenbehandlung gesetzlich verankert. Es ist damit für alle Leistungserbringer:innen und die gesetzlichen Krankenkassen verbindlich. Damit Leistungserbringer:innen in den unterschiedlichen Professionen diesem Ziel auch gerecht werden können, ist eine geschlechtersensible Lehre unerlässlich. Die SPD wird sich auf allen Verantwortungsebenen und gegenüber den unterschiedlichen verantwortlichen Institutionen dafür einsetzen, dass die Geschlechterperspektive in der Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zum Tragen kommt als das bisher der Fall ist.</p>